



# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 6. 31. Jahrg.

8. Februar 1918.

## ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:**  
Adolf Demnich, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

### Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Die wachsende Macht des Großkapitals. Rundschau. Es zwingt zum Nachdenken. Aus dem 20. Jahrhundert. — **Allgemeines:** Emil Döblin f. Gegen die Teuerung. Gau Frankfurt — Mainz. Ablauf der Lehrzeit. — **Die photomech. Fächer:** Josef Wünnenlein f. — **Feuilleton:** Aus meiner Lehrlingszeit. III. Vom Büchertisch. — Opfer des Krieges. — **Anzeigen.**

### Bekanntmachungen.

An unsere Kollegen!  
In Groß-Berlin herrscht der verschärfte Belagerungszustand. Wenn wir unter diesen Verhältnissen vorläufig keine Neigung haben, über die letzten Vorgänge zu berichten, so wird das sicher allenhalben verstanden werden. Wir bitten daher unsere Kollegen, sich einstweilen mit den Berichten der Tagespresse zu begnügen. Wir werden zu gegebener Zeit darauf zurückkommen und ganz besonders die Rückwirkung auf unsere tariflichen Verhältnisse dabei nicht außer acht lassen.  
Die Redaktion.

### Die wachsende Macht des Großkapitals.

Genosse Wilhelm Keil, M. d. R. behandelte unter diesem Thema in der »Dresdener Volkszeitung« kriegswirtschaftliche Erscheinungen, die für unsere gewerkschaftliche Arbeit im allgemeinen von grundlegender Bedeutung sind. Er zeigt uns in überraschender Klarheit wie falsch der Glaube war, der von einem baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung träumte. Eine geradezu unfaßbare Anhäufung von Macht und Reichtum ist vielmehr das Resultat einer fast dreieinhalbjährigen Kriegswirtschaft. Der Aufsatz sei daher allen denkenden Kollegen auf das wärmste empfohlen.  
Die Redaktion.

Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt im Kriege geradezu sprunghaftigen Verlauf. Man hat — mit vollem Recht — von den Fortschritten der Technik und der Chemie gesagt, sie seien in den wenigen Kriegsjahren größer als vorher in einem Jahrhundert. In demselben ungeahnten Tempo vollzieht sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen, der Zusammenschluß der großen Kapitalisten zu mächtigen Konzernen, die Steigerung der Kapitalkraft der einzelnen Riesenunternehmungen.

Am greifbarsten tritt das Streben nach Angliederung und Vergrößerung bei den Banken zutage. Die Banken, die in der ersten Kriegszeit eine Periode der Unsicherheit durchzuwandern hatten, haben in den Jahren 1916 und 1917 infolge der zunehmenden Geldflüssigkeit sehr gute Geschäfte gemacht. Aus dem bis 1. Dezember 1917 unkontrollierten Börsengeschäft — erst vom 1. Dezember an wurden die amtlichen Börsenkurse wieder eingeführt —, aus den Kriessanleihebehebungen und aus dem Depositengeschäft mit seiner weiten Zinsspanne erzielen sie reiche Gewinne. Die riesenhafte Kapitalkraft der größten Bankunternehmungen aber steigert in dem Maße, in dem sie wächst, auch ihre Anziehungskraft, die zur Aufsaugung kleinerer Betriebe führt. Allein im Jahre 1917 nahm, um nur die größten Fusionen zu erwähnen, die Deutsche Bank den Schliesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt in sich auf, eröffnete eine Zweigstelle in Sofia und kündigte eine solche in Bukarest an. Die Diskontogesellschaft übernahm die Königsberger und die Hamburger Vereinsbank, den Magdeburger Bankverein und einige kleinere Geschäfte im Westen. Die mit der Diskontogesellschaft

in engen Beziehungen stehende Allgemeine Deutsche Kreditanstalt räumt unter den kleineren sächsischen, die gleichfalls zur Gruppe der Diskontogesellschaft zählende Bayerische Hypotheken- und Wechselbank unter den bayrischen Privatbankgeschäften eifrig auf. Die Dresdner Bank verschlang mit der Rheinisch-Westfälischen Diskont-Gesellschaft einen so fetten Happen, daß sie ihr Grundkapital von 200 auf 260 Millionen Mark zu erhöhen imstande war, wogegen dasjenige der Deutschen Bank zur Zeit eine halbe Milliarde beträgt. Ohne Hinzurechnung der Mittel ihrer Tochterbanken verwalten diese drei Großbanken heute an eigenen und fremden Geldern etwa zehn Milliarden Mark! Dabei ist innerhalb dieser drei größten Finanzinstitute Deutschlands, die ein erdrückendes Übergewicht an deutscher Kapitalmacht haben, schon wieder ein enges Zusammengehen zu beobachten. Man stelle sich die Machtfülle vor, die durch diese Kapitalanhäufung in wenigen Händen vereinigt wird! Daraus läßt sich dann weiter schließen auf die gewaltigen Einflüsse, die von kleinen Kapitalistengruppen in den großen Schicksalsfragen unseres Volkes ausgeübt werden.

Die Reichsleitung hat neuerdings versucht, sich einen gewissen Einfluß auf die Kapitalanhäufung und Investierung zu sichern. Sie hat durch Bekanntmachung vom 2. November für Neugründung von Unternehmergesellschaften und für Kapitalserhöhungen die Genehmigungspflicht eingeführt. Der Kapitalmarkt soll erstens für die Dauer des Krieges für die Befriedigung der Bedürfnisse des Reiches (Kriegsanleihe) freigehalten werden; zweitens soll für die Übergangszeit nach dem Friedensschluß darauf Bedacht genommen werden, daß die alsdann verfügbaren Mittel mit äußerster Sparsamkeit verteilt und in die richtigen Kanäle geleitet werden. Das Gründungsfeber, das nach dem Kriege von 1870 so üble Blüten trieb, soll gezügelt oder unterdrückt werden. Man täusche sich aber nicht über die Wirkung dieser Konzessionspflicht. Die Finanzpraktiker decken in den Handelsblättern die zahlreichen Umgehungsmöglichkeiten auf, denen gegenüber die Regierung ebenso ohnmächtig sein wird, wie sie es gegenüber den Händlern und Agrariern auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung ist. Wenn die preußische Regierung das Grundkapital der Seehandlung (Preußische Staatsbank) von 200 auf 260 Millionen Mark erhöhte, um nach den Worten des Finanzministers Dr. Hergt »auf dem Geldmarkt durch eigene Unternehmungen Einfluß zu gewinnen, damit der Staat sich nicht den Bedingungen einer übermächtigen Großfinanz zu fügen braucht«, so wird die Großfinanz diese Bemühungen mit lächelndem Adselzucken wahrnehmen. Denn die Machterweiterung der Großbanken nimmt ihren Fortgang. Schon schickt sich die Commerz- und Diskonto-Bank Hamburg-Berlin an, zwei sächsische Mittelbanken in ihren Freundschaftsbund aufzunehmen. Bereits vor Jahresfrist wurde in der Börsenpresse festgestellt, daß kaum noch

ein Dutzend deutscher Provinzbanken mit über 10 Millionen Mark Grundkapital zu keiner der Berliner Großbankengruppen zu zählen sei. Inzwischen sind diese unabhängigen Provinzbanken fast ausgestorben.

Die Regierung will aber auch gar nicht die übermächtige Großfinanz im Schach halten, sondern nur vorübergehend die Inanspruchnahme des Marktes da hintanhalten, wo es sich um Anlagen handelt, die nicht ausschließlich dazu dienen, den Bedarf des Heeres oder der Kriegswirtschaft sicherzustellen. Tatsächlich haben sich die Kapitalerhöhungen, die schon im ganzen Jahre 1917 eine starke Aufwärtsbewegung zeigten, seit Einführung der Konzessionspflicht beträchtlich vermehrt. Alle diese Kapitalerhöhungen sind glatt genehmigt worden, darunter die des Anilinkonzerns, die sich auf nicht weniger als 132,6 Millionen beliefen. Auch Kapitalerhöhungen, die wie die der Daimlerwerke (von 8 auf 32 Millionen), nur dem Zweck dienen, die anders nicht zu bewältigenden Kriegsprofinite einigermaßen zu verstecken, haben keinerlei Beanspruchung erfahren.

Wollte die Reichsleitung, was sie eben nicht will, die »übermächtige Großfinanz« zügeln, so gibt's zur Zeit kein wirksameres Mittel, als die Beschneidung der Preise für Heereslieferungen auf ein vernünftiges Maß. Wie die Dinge auf diesem Gebiete sich gestaltet haben, bewirken sie nicht nur eine gefährdrohende Stärkung der Macht weniger Kapitalgewaltiger, sondern sie steigern zugleich die Verarmung des Reiches, das heißt der hungernden Massen des deutschen Volkes, zugunsten der verhältnismäßig kleinen Zahl großer Kriegsgewinnler, sie fördern die maßloseste Verschwendung in einer Zeit, in der in tausend Zungen die Sparsamkeit allen Gliedern des Volkes als höchste moralische Pflicht gepredigt wird. Was braucht der in den Millionen schwimmende Kriegsgewinnler zurückzuschrecken vor irgendeinem phantastischen Aufwand, zahlt ihm doch das Reich bei der heutigen Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer zu jeder Luxusausgabe einen Beitrag von 50 Prozent! Auch die stattlichen Summen, die für die Zwecke der Vaterlandspartei »geopfert« werden, sind unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Die Gewinne der kriegslustigen Vaterlandsparteiler stammen in ihrem ganzen Umfang aus den Mitteln des Reiches, von dem bescheidenen Teil aber, den das Reich als Steuer zurückfordert, wird ihm ein um so größerer Bruchteil vorenthalten, je größere Summen daraus der Vaterlandspartei zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zusammenhang und diese Wirkungen scheinen den stumm zusehenden Reichsstellen nicht ganz unwillkommen zu sein. Anders aber denken die Millionen Männer darüber, die draußen im Felde im Grausen des Kampfes den Entbehrungen des Schützengrabendaseins unterliegen, und die Millionen daheim, die Familien der Kämpfer, die langsam aber sicher wirtschaftlich untergehen, während welterschlingende Heimkrieger die Riesengewinne zu unheimlicher Höhe auftürmen.

## Rundschau.

Von den Wirtschaftsverbänden. Fast mit jeder Nummer unserer Fachzeitung können wir über ein recht erfreuliches Steigen der Gewerkschaften berichten. Aber dasselbe Steigen sehen wir auch bei den Unternehmerverbänden. Doch hier wie dort beschränkt sich die Aufwärtsentwicklung im wesentlichen auf die für Kriegsbedürfnisse irgend welcher Art tätige Industrie. Im Kunstgewerbe sieht das Bild ganz anders aus. — Wenn wir an die Generalversammlung des Schutzverbandes der Steindruckereibesitzer zurückdenken, so wird es schwer an eine Steigerung der Mitgliederzahl zu glauben. Wenn das »Steindruckgewerbe« schon aus einer, nur 70 Mitglieder zählenden örtlichen Vereinigung eine Reichsorganisation des Buchdruckerverwerbes herstellt, nur weil dieser Verein sich gegen Tarifgemeinschaften aussprach, was hätte sie aus einer auch nur geringfügigen Mitgliedervermehrung des Schutzverbandes gemacht? Statt dessen sprach der Berichterstatter des Schutzverbandes nur von der Erhaltung des bisherigen Mitgliederbestandes. Und da genaue Angaben absichtlich nicht gemacht werden, dürfen wir uns das Richtige denken. Dieselben Ursachen lösen auch hier dieselben Wirkungen aus. Das Kunstgewerbe ist eben kein Kriegsgewerbe, hat keine Kriegskonjunktur. Der erfreuliche Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften beschränkt sich auch auf die kriegswichtigen Gewerbe. Das gleiche wird bei den Unternehmern der Fall sein. Auch in den anderen von uns vertretenen Gewerben ist von einem Erstarren der Unternehmervereinigungen nichts zu spüren. Das hindert aber nicht, daß sie in entscheidenden Momenten aus den erstarkten Unternehmerorganisationen Schutz und Hilfe erhalten, wie es in früheren Kämpfen der Fall war. Insoweit müssen auch wir mit dem Wachstum der Unternehmerverbände als einer beachtenswerten Tatsache rechnen.

**Geschäftsergebnisse:** Die Firma E. A. Schwerdtfeger & Co., A.-G. Berlin, berichtet über ihren Jahresabschluss. Hiernach werden von dem nach 154081 (139838) Mk. Abschreibungen verfügbaren Gewinn von 53337 Mk. der Betrag von 50000 Mk. zur Rückstellung für Kriegsschäden verwendet, wodurch sich diese Reserve auf 150000 Mk. erhöht. Die verbleibenden 3337 Mk. dienen zur Verminderung des vorjährigen Verlustbetrages von 251080 auf 247743 Mk. In den Aufsichtsrat wurde anstelle eines ausscheidenden Mitgliedes neu gewählt Bankier Hans Arnold (f. Fa. Gebrüder Arnold) und Rentier Hermann Lippmann. Die für die Fabrikate neuerdings erzielten Preisbesserungen werden erst den letzten Monaten des bereits am 31. März endenden Geschäftsjahres zugute kommen. — *Herrmann Schöft, A.-G. in Rheydt.* Nach Abschreibungen von 250798 Mk. (1916: 281222) schließt das Geschäftsjahr 1917 mit einem Überschuss von 557558 Mk. (483389). Hieraus soll eine Dividende von 12 Pro. (10) zur Ausschüttung gelangen. Als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 57104 Mk. (45764). In dem Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung: Die im letztjährigen Geschäftsbericht dargelegten Verhältnisse sind im abgelaufenen Kriegsjahre die gleichen geblieben. Wir haben nach wie vor einen guten Bestand an Aufträgen, so daß, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, wir auch im neuen Jahre auf ein zufriedenstellendes Ergebnis rechnen können. Nach der Bilanz hat der Wertpapierstand eine Steigerung erfahren auf 205557 Mk. (12222), Außenstände belaufen sich auf 605863 Mk. (454418), das Bankguthaben zeigt eine Zunahme auf 402445 Mk. (189102). Unter Passiven erscheinen Warenschulden mit 21640 Mk. (9305).

**Die Arbeitslöhne können ruhig so hoch bleiben!** Entgegen dem Geschrei gewisser Unternehmer über die hohen Löhne, ist erfreulich, die Ansicht eines ernster überlegenden Sachverständigen auf dem Kohlenmarkt wiedergeben zu können. Herr Generaldirektor Wolf Zitelmann erklärte dem Vertreter des Wiener Blattes auf die Frage nach den Aussichten der deutschen Kohlenindustrie laut »Deutsche Bergwerkszeitung« unter anderem folgendes:

»Ich bin der Ansicht, daß die Preise, wie wir sie jetzt haben und die ja in der Hauptsache zu den sehr großen Gewinnen der Braun- und Steinkohlenindustriengesellschaften beitragen, sie überhaupt erst ergeben, ich glaube, daß diese Preise nach dem Kriege nicht weiter bestehen bleiben können. —

Die gegenwärtigen Kurse von Aktien von Steinkohlen- und Braunkohlenunternehmungen finde ich sowohl für Deutschland wie auch für Österreich und für Ungarn viel zu hoch, eben aus dem Grunde, weil ich glaube, daß die Kohlenpreise nach dem Kriege unmöglich bestehen bleiben können.

Die Arbeitslöhne in der Kohlenindustrie können ruhig so hoch bleiben, wie sie heute sind. Die Hauptsache ist, daß eine höhere Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft erzielt wird. Wir haben heute in der Kohlenindustrie Deutschlands eine Unmenge von Arbeitern (Kriegsgefangene, Frauen und Taubblinde), die auch nicht annähernd den eingearbeiteten Stamm der Arbeiter ersetzen. Ich meine aber, daß ein großer Prozentsatz der alten Kohlenarbeiter nach dem Kriege wieder in die Industrie zurückkehren wird, es sind doch schließlich nicht alle gefallen oder verwundet

worden. Die meisten Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig bei der Kohlenversorgung haben, sind auf die ungenügenden Leistungen der Arbeiter zurückzuführen. Vor allem sind die gegenwärtig in der Kohlenindustrie tätigen Arbeiter nicht eingearbeitet genug, und man hätte es nicht für möglich gehalten, daß die Kohlenindustrie überhaupt in stande sein würde, mit diesem schlechten Material etwas zu leisten. Und dann noch einmal: Im Augenblick ist der Weltmarkt völlig derangiert, und ich könnte beim besten Willen keinen Weltmarktdurchschnittspreis für Steinkohle angeben. Nur das eine läßt sich sagen, daß die Preise phantastisch hoch sind. In Braunkohle war unser Export vor dem Kriege nicht bedeutend und kann auch nach dem Kriege nicht groß werden. Braunkohle hat noch nicht das Zeug zu einem großen Exporthandel. —

Merkwürdig, wie schwer es so vielen Unternehmern fällt, das eigentlich Selbstverständliche zu begreifen, daß guter Lohn und hohe Leistungsfähigkeit eng zusammen gehören. Wohl halten sie den für kaufmännisch einfältig, der sich am scharfen Konkurrenzkampf mit minderwertigen oder schlecht behandelten Maschinen beteiligen wollte. Diese Nutzenanwendung auf den Arbeiter zu übertragen will ihnen nicht in den Kopf kommen. Denn solche Stimmen, wie die oben angeführte, sind leider Ausnahmen.

**Aufstieg der Gewerkschaften.** Als erste der großen Organisationen veröffentlicht der Fabrikarbeiter-Verband einen vorläufigen Jahresabschluss für 1917. Bei Kriegsbeginn hatte der Verband rund 200000 Mitglieder. Gegenwärtig hat er unter Einberechnung der im Felde stehenden Mitglieder 210000. Im vergangenen Jahre wurden rund 55000 Mitglieder neu aufgenommen. Durch Austritt, Streikung, Abreise und aus anderen Gründen verlor der Verband 20225 Mitglieder, so daß er um über 30000 Mitglieder zugenommen hat. Das Verbandsblatt »Der Proletarier« nennt das einen geradezu überraschenden Aufschwung. Die Zahl der Neuaufnahmen hat sich gegen 1916 fast verdoppelt, gegen 1915 vervielfacht. Seit dem Jahre 1906 gibt es kein Verbandsjahr, das den gleichen Mitgliederzuwachs gebracht hätte wie 1917.

## Es zwingt zum Nachdenken,

wenn man jetzt noch liebt, wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission in seiner Nr. 4. mit starkem Nachdruck auf die Gefahren hinweist, welche durch die Verschleppungs- und Verschandlungsarbeit der Wahlrechtskommission entstehen müsse.

»Wir kennen unsere Arbeiterschaft zur Genüge, um zu wissen, daß sie sich solche Behandlung nicht ruhig gefallen läßt, daher haben wir rechtzeitig gewarnt. Die Verantwortung für das, was aus der Sabotierung der Wahlrechtsreform entstehen kann, tragen nicht die Gewerkschaftsleitungen und wir, die wir davor gewarnt haben, sondern die Kreise, die das Volk um die Erfüllung der von der Krone feierlichst versprochenen Reform zu betrügen versuchen.«

Neben dieser Verwahrung gibt das »Korrespondenzblatt« einen neuen Überblick über das Treiben der Reaktion. Sie ladet die Antwort der Zentralmächte vom 27. Dezember; aber auch die Russen hätten in Brest nichts zur Beschleunigung des Friedens getan. Die letzten Erklärungen der Mittelmächte vom 15. Januar seien eine brauchbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen. Gegenüber den Friedenserklärungen englischer und amerikanischer Staatsmänner müsse man nach den Erfahrungen des Krieges weise Vorsicht walten lassen. Aber gerade deshalb sei klare Antwort notwendig. Man könne den Mittelmächten nicht zumuten, sich einseitig zu binden, aber innerhalb der durch die Erklärung der Westmächte gezogenen Grenzen müßten auch sie offene Antwort geben. Zu den Friedensverhandlungen mit Rußland sei eine Vertretung der Unternehmerinteressen — so hat wenigstens das »Berliner Tageblatt« gemeldet — hinzugezogen. Für die Wahrung der Arbeiterinteressen bei Friedensschluß sei bisher noch nichts geschehen. Der Geist der Scharfmacher dränge sich stärker hervor als früher. Eine Reihe sozial verständiger Männer seien beseitigt, andere in ihrem Einfluß beschränkt. Was aber die Öffentlichkeit in stärkstem Maße erregt, sei die Behandlung der Wahlreformvorlage in der Kommission. Damit arbeite man lediglich den Strömungen in die Hände, die das Interesse der Arbeiter an der Landesverteidigung in Zweifel zögen. *Werde die Wahlrechtsvorlage wirklich sabotiert, dann sei die Politik des 4. August, die Politik der Gewerkschaften als falsch erwiesen und über den Haufen geworfen; dann müßten diese jegliche Verantwortung für die Ereignisse ablehnen, die eine voraussehende Folge der preussischen Reaktion sein würden. Die Wahlrechtsfrage sei eine Ehrenfrage für die Arbeiterklasse geworden, und ein Volk wie eine Klasse ertrage die größten Opfer für seine Zukunft, aber es ertrage nicht die Aufopferung seiner Ehre. Das mit allem Nachdruck auszusprechen sei Pflicht der Gewerkschaften.*

## Aus dem 20. Jahrhundert.

»Gerechtigkeit erhöht ein Volk.«

Schiller.

Der Rittergutsbesitzer Wilh. v. Oertzen zu Roggow bei Neubukow und sein Gutsjäger Bandolin hatten sich, so lesen wir in der »Medlenburgischen Volkszeitung«, vor dem Schöffengericht Neubukow wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung des Schnitters Wisniewski zu verantworten.

Der Gutsjäger traf den Schnitter auf dem Felde, woselbst der geschnittene Weizen in Garben gebunden lag, und der Schnitter Ähren abschnitt und in einen Sack stiedte. Der Schnitter gibt zu, daß er die Körner für Malzkaffee zum eigenen Verbrauch verwenden wollte. Der Jäger suchte den Schnitter zu zwingen, den Sack mit dem Inhalt, angeblich 50 Pfund, zum Gutshof zu bringen, und um dieses zu erreichen, verabreichte er ihm ein Dutzend Schläge mit seinem Handstock, und drohte von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, falls er zu entweichen versuche. Rittergutsbesitzer v. Oertzen drohte dem Schnitter mit Anzeige, was dieser zu unterlassen bat, worauf v. Oertzen erklärte, ihn durchprügeln zu wollen. Damit soll der Schnitter sich einverstanden erklärt haben.

Durch ein in Blengow ausgebrochenes Schandfeuer wurde die Aufmerksamkeit nach dort gerichtet und aus dem Durchprügeln wurde nichts; es wurde eben verschoben.

Am folgenden Tage hat v. Oertzen den Schnitter geholt, ist mit ihm in den Park gegangen und hat ihn aufgefordert, sich ganz auszuziehen — was bis auf die Stiefel geschehen sei, die zu fest saßen. Dann hat er ihn die Arme um einen entsprechenden Baum strecken lassen und nun die Hände mit einem Lederriemen zusammengebunden. In dieser Stellung hat er dem Schnitter dann mit einer Reitpeitsche eine Anzahl Hiebe auf den nackten Körper versetzt, und als der Geschlagene vor Schmerzen um den Baum zu springen suchte, band Herr v. Oertzen einen zweiten Riemen um Baum und Körper des Geschlagenen und setzte dann das Schlagen fort.

Das Umbinden des zweiten Riemens stellt v. Oertzen in Abrede, wie er auch die Zahl der erteilten Hiebe auf 10, es könnten vielleicht auch 12 gewesen sein, angibt, wogegen der Geschlagene unter Eid behauptet, wohl 50 Hiebe bekommen zu haben.

Dem vor Schmerzen schreienden Schnitter wurde das Schreien verboten unter der Androhung, ihm werde sonst der Mund zugestopft, und nach Beendigung des Prügelns wurde er wieder zur Arbeit gesandt. Der mit ihm arbeitende W. Flügel bekundet als Zeuge, daß der Rücken des Geschlagenen mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt war. Der mit der Feststellung des Tatbestandes beauftragte Gendarmrie-Wachtmeister bekundete den gleichen Befund.

Nach acht Tagen ging der Schnitter zum Arzt, um eine Bescheinigung über seinen Zustand zu erhalten, wurde aber abgewiesen. Der Antrag des Amtsanwaltes lautet gegen v. Oertzen auf Grund der §§ 223 a, 239 und 273 des Str.-G.-B. auf drei Monate Gefängnis, gegen den Jäger Bandolin auf zehn Tage Gefängnis.

Das Urteil lautet gegen v. Oertzen auf nur einen Monat Gefängnis und gegen den Jäger auf 40 Mk. Geldstrafe.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Emil Döblin †.

Einen schweren Verlust hat am 31. Januar d. Js. der Verband der Deutschen Buchdrucker erlitten. Emil Döblin, der in dem Jahre 1888, noch unter dem Sozialistengesetz, den Vorsitz des Verbandes übernahm, hat ihn erst jetzt, durch den Tod abgerufen, niedergelegt. Ein ungemain arbeitsreiches Leben hat damit seinen Abschluß gefunden. Herben Verlust erleidet aber nicht nur der Buchdruckerverband, sondern die ganze Gewerkschaftsbewegung. Der »Vorwärts« würdigt seine Arbeit für die Gewerkschaften in der folgenden zutreffenden Weise:

»Döblin war der eifrigste Verfechter des Tarifvertragsgedankens, der anfänglich sehr starken Anfeindungen ausgesetzt war, im Laufe der Zeit sich aber siegreiche Bahn verschaffte. Als nach dem im Jahre 1891-92 verlorenen Kampfe um den Neunstundentag im Buchdruckgewerbe die Organisation sich allmählich wieder erhob, war es ihr Vorsitzender, der in den nachfolgenden Jahren, seit 1896, am Wiederaufbau der Tarifgemeinschaft emsig wirkte. Er galt als bester Kenner der Tariffrage und gewissermaßen als Gutachter, und er wurde in dieser Frage nicht nur in Gewerkschaftskreisen als Berater geschätzt, sondern auch von anderen Kreisen um seine Meinung angegangen. Sein zielklarer, durch reiche praktische Erfahrung gestützter Standpunkt zu allen gewerkschaftlichen Fragen und Geschnissen war geradezu unübertrefflich. Vom geraden Weg der praktischen Gewerkschaftspolitik brachte ihn nichts ab, am wenigsten

mancherlei empfindliche Angriffe, die namentlich in früheren Jahren gegen ihn und seine Organisation erhoben wurden. Und eine Strafe, für die Gewerkschaft aber notwendige und sehr nützliche Disziplin wurde von ihm befürwortet und speziell im Buchdruckerverbande durchgesetzt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, daß der Verband fast den letzten Berufsgenossen organisatorisch erfaßte und unter sein starkes Schutzdach führte. Festgefügt, unerschütterlich auch in dieser schweren Kriegszeit, finanziell stark, in den organisatorischen Einrichtungen mustergültig, so stellt sich das Lebenswerk heute dar, dem der Verstorbene seit 1888 als Vorsitzender, vorher schon als Berliner Gauvorsitzender, in steter Arbeitsfreudigkeit treu gedient hat.

Aber auch an der Hauptleitung der Gewerkschaftsbewegung war Döblin als eifriges Mitglied tätig. Seit dem Januar 1908 gehörte er der Generalkommission der Gewerkschaften als Mitglied an, nachdem ihn der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart 1902 dazu gewählt hatte. Sein Rat und seine Meinung galt dort alleweil sehr viel, seine klare und nüchterne Beurteilung gewerkschaftlicher Dinge war stets von nicht geringer Bedeutung. Seine bis in die letzte Zeit dort so reger entfaltete Mitarbeit wird schwer vermißt werden.

Auch unsere Kollegen haben dem Heimgegangenen Vieles zu danken. In schwierigen Situationen war er uns mehr als einmal Berater und Helfer zugleich. Wir denken dabei besonders an seine vermittelnde Tätigkeit in dem großen Kampfe des Steindruckgewerbes 1906. So wird auch bei uns sein Andenken in Ehren gehalten werden.

## Gegen die Teuerung.

**Gau Frankfurt a. M. — Mainz.**

Wiederholt wurden in unserem Gau Agitationen für Teuerungszulagen veranstaltet. In fast allen Firmen im Gau wurden wiederholt Versammlungen, Geschäftszusammenkünfte und durch Verhandlungen des Gauvorsitzenden Fortschritte erzielt. Das Resultat kann bei der unaufhaltsamen wachsenden Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel nicht genügen. Immer größer wird dadurch die Notlage unserer Berufskollegen. Die durch unser Vorgehen erzielten Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen werden leider stets nach kürzerer Zeit wieder durch die stetig zunehmende Teuerung überholt. Noch schlechter liegen die Dinge da, wo von vornherein schlechte Löhne bestanden haben, oder wo die Kollegen nicht den Mut haben, für gerechte Forderungen einzutreten. In den Firmen, wo die Reklamationen in der Hauptsache tätig sind, oder die Firmen als kriegsnotwendig gelten, ist es häufig schwer bei aller Not, für ihr ureigenes Interesse Verständnis zu finden.

Daß auch die Unternehmer, bei dem vielen Mangel an Rohstoffen, eine schwierige Lage haben, ist zugestanden. Aber die nicht unerheblichen Preiserhöhungen sollten doch gestatten für Forderungen der Gehilfschaft mehr soziales Verständnis zu zeigen. Daß in dieser verzweifelt ersten Zeit erst zu Kündigungen gegriffen werden muß, oder daß dem Bevollmächtigten die Türe gewiesen wird, sollte eigentlich nicht vorkommen. Frankfurt a. M. steht in punkto Teuerung nach Calwer, nach der Rheinprovinz, an erster Stelle mit 58,34 Mk. Um nun ein vollständiges Bild der Verhältnisse im Gau zu gewinnen, beschloß unser Gautag vom 30. September 1917 eine Lohnstatistik aufzunehmen. Bedauerlich bleibt es, daß es so schwierig ist, das Material zurückzuerhalten. Ebenso, daß nicht alle Firmen im Gau erfaßt werden konnten. Das Bild der Bezahlung wäre ohne Zweifel noch ungünstiger. Trotzdem zeigt diese Aufnahme, daß wir den Kampf um schlechte Lohnzahlungen nicht nachlassen dürfen. Nur 40 Proz. der Kollegen haben einen Lohn von 50 Mk. pro Woche. Für die neuen Forderungen ist die Statistik trotzdem eine gute Unterlage. Die Anzahl der organisierten Kollegen ist größer wie in der Statistik, arbeiten doch z. B. in Frankfurt a. M. noch 27 Kollegen in allen möglichen Berufen.

**Aschaffenburg:** Lohnhöhe im Durchschnitt vor dem Kriege 30 Mk. pro Woche, am 31. Dez. 1917 41,60 Mk., Lohnsteigerung 11,20 Mk. pro Woche.

**Darmstadt:** Fromm & Merian, früher 34 Mk. jetzt 38 Mk., mehr 4 Mk.; Hausmann, früher 41,30 Mk. jetzt 46,20 Mk., mehr 4,90 Mk.; Heat & Gans, früher 52,50 Mk. jetzt 61 Mk., mehr 8,50 Mk.; Wirtz, früher 30 Mk. jetzt 41 Mk., mehr 11 Mk.

**Frankfurt a. M.:** Adelmann, früher 33 Mk. jetzt 56 Mk., mehr 22 Mk.; Dorndorf, früher 32,75 Mk. jetzt 46,20 Mk., mehr 14,45 Mk.; Guhl & Co., früher 39,30 Mk. jetzt 52,90 Mk., mehr 13,60 Mk.; Bloch & Schmidt, früher 42 Mk. jetzt 51 Mk., mehr 19 Mk.; Kornsand & Co., früher 43 Mk. jetzt 58,50 Mk., mehr 15,50 Mk.; Klingspohr Gebrüder, früher 38,70 Mk. jetzt 52,60 Mk., mehr 13,90 Mk.; Osterrieth, früher 34,20 Mk. jetzt 53,50 Mk., mehr 19,30 Mk.; Maubach, früher 29,70 Mk. jetzt 41,70 Mk., mehr 18,90 Mk.; Magistrat, früher 40 Mk. jetzt 46,60 Mk., mehr 6,60 Mk.; Neuberger, früher 35 Mk. jetzt 40 Mk., mehr 5 Mk.

**Hanau:** Brünig, früher 33 Mk. jetzt 46 Mk., mehr 13 Mk.; Illert & Ewald, früher 36,20 Mk. jetzt 48,70 Mk., mehr 12,50 Mk.

**Offenbach a. M.:** Kramp & Co., früher 35,90 Mk. jetzt 45,95 Mk., mehr 10,15 Mk.; Schömb, früher 28 Mk. jetzt 42 Mk., mehr 14 Mk.; Rothschild,

früher 39,85 Mk. jetzt 47,50 Mk., mehr 7,60 Mk. **Mainz:** Meyer, früher 42 Mk. jetzt 56 Mk., mehr 14 Mk.; Schulz früher 29,80 Mk. jetzt 40,10 Mk., mehr 11,50 Mk.; Theyer, früher 34,85 Mk. jetzt 55 Mk., mehr 20,15 Mk.; Walter, früher 31 Mk. jetzt 51 Mk., mehr 20 Mk.; Zabern, früher 29,80 Mk. jetzt 40,10 Mk., mehr 11,30 Mk.

Von den in dieser Statistik erfaßten Personen sind: 7 Lithographen, 73 Steindruck und 26 Chemigraphen. Es erscheint noch angebracht, zu bemerken, daß diese Gau-Aufnahme noch einige Fragen hatte, die erwähnenswert erschienen, so unter anderem Entscheidung über Prozepte, Überstunden, die Bedienung zweier Maschinen usw.

Mit aller Deutlichkeit geht hervor, daß im günstigsten Falle eine Lohnsteigerung von höchstens 50 Proz. zu verzeichnen ist, während nur die Verteuerung der Lebensmittel dreimal mehr beträgt. Hier auch für die Zukunft alles einzusetzen, um für unsere Kollegen bessere Lohnverhältnisse zu erkämpfen, erscheint uns nach wie vor unsere größte Aufgabe zu sein.

## Ablauf der Lehrzeit.

Wie das Hilfsdienstgesetz die klaren bürgerlichen Rechtsverhältnisse verändert zeigt das Kriegsamt, (Amtliche Mitteilungen und Nachrichten des Kriegsammtes) an einem beachtenswerten Beispiel: »Von einer Kriegsamtstelle wird die Entscheidung eines Schlichtungsausschusses mitgeteilt. Darin wird der Standpunkt vertreten, daß der Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit ohne weiteres aus dem Betriebe ausscheiden könne; der Lehrherr könne also nicht verlangen, daß der Lehrling bei ihm als Gehilfe weiterarbeite. Zur Begründung wird ausgeführt: Der Gehilfenvertrag betreffe begrifflich ein ganz anderes Arbeitsverhältnis, als der Lehrvertrag; auch würden von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten solche Abmachungen, durch die sich der Lehrherr bei Abschluß des Lehrvertrages das Verbleiben des Lehrlings über die Vertragszeit hinaus zusichern lasse, regelmäßig als gegen die guten Sitten verstößend erklärt; grundsätzlich müsse daher dem Lehrling nach Ablauf der Lehrzeit freie Entschließung gelassen und, wenn er ausscheiden wolle, in jedem Falle der Abkehrschein erteilt werden.

Diese Auffassung kann nicht als zutreffend angesehen werden. Freilich erreicht nach dem allgemeinen Grundsätzen über Dienstverträge, wozu auch die Lehrverträge gehören, und zwar nach § 620 des bürgerlichen Gesetzbuches das Lehrverhältnis mit dem Ablauf der Lehrzeit sein Ende. Danach würde allerdings der Lehrherr nicht berechtigt sein, den bisherigen Lehrling, wenn auch in gehobener Stellung und unter günstigeren Arbeitsbedingungen, festzuhalten. Mit dieser rein bürgerlich-rechtlichen Seite der Angelegenheit hat aber die Frage, ob der bisherige Lehrling die Beschäftigung bei seinem Arbeitgeber im Sinne des Hilfsdienstgesetzes (vergl. § 9 dabselbst) »aufgeben« darf, nichts zu tun. Der Lehrling kommt hier als gewerblicher Arbeiter im Sinne von Titel VII der Gewerbeordnung, also als Arbeitnehmer im Sinne des Hilfsdienstgesetzes, in Betracht. Nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes aber — und darin besteht gerade ihre Bedeutung — kann der Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen kriegswichtig beschäftigt, grundsätzlich verlangen, daß er bei ihm bleibe. Er kann ihn insbesondere auch dann festhalten, wenn die Vertragszeit nach bürgerlichem Rechte abgelaufen ist. Ob der Arbeitnehmer die Beschäftigung nunmehr auf Grund eines bürgerlich-rechtlich anders gearteten Dienstverhältnisses, z. B. wie hier nicht mehr als Lehrling, sondern als Gehilfe, ausüben soll, ist dabei ohne Belang. Der Arbeitnehmer darf nach den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes nur ausscheiden (mit Abkehrschein!), wenn ein wichtiger Grund im Sinne des § 9 Abs. 2, 3 des Hilfsdienstgesetzes vorliegt. Ob ein solcher gegeben ist, darüber ist unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse zu entscheiden. Der bloße Umstand, daß das Lehrverhältnis sein Ende erreicht hat, stellt für sich allein einen wichtigen Grund nicht dar. Andererseits wird dem Lehrling in der Regel nicht zugemutet werden können, zu denselben Arbeitsbedingungen, die für ihn als Lehrling bestanden, bei seinem alten Lehrherrn zu bleiben. Vielmehr wird der Arbeitgeber dem nunmehrigen Gehilfen eine angemessene, der Beendigung der Lehrzeit entsprechende Stellung gewähren müssen. Ein wichtiger Grund würde also vorliegen, wenn der Arbeitgeber dies nicht tut, oder etwa, wenn der Lehrling das berechtigte Verlangen hat, auch in anderen Geschäftszweigen Erfahrungen zu sammeln, und der Arbeitgeber ihm hier zu keine Gelegenheit geben will oder kann. Entstehen indessen dem Arbeitnehmer, wenn er bei seinem alten Lehrherrn bleibt, in der genannten Richtung keine nennenswerten Nachteile, so wird für ihn regelmäßig ein Grund zum Ausscheiden nicht gegeben und demgemäß der Abkehrschein zu versagen sein.

Wir haben durch Sperrung schon darauf hingewiesen worauf es uns ankommt. Bei der zur Zeit herrschenden Minderwertigkeit der Arbeit, ist die Notwendigkeit, Neues hinzuzulernen, wohl fast in allen Fällen gegeben. Die Lehrlingsausbildung

läßt in der Kriegszeit im allgemeinen außerordentlich viel zu wünschen übrig. Da wird der Wechsel der Arbeitsstelle häufig das einzigste Mittel sein, die Lücken der Ausbildung zu ergänzen. So kann unter solchen Verhältnissen der Abkehrschein nicht verweigert werden.

## Die photomech. Fächer.

### Joseph Wünnenlein †.

Wieder hat der Tod eine schmerzliche Lücke in unsere Reihen gerissen. Der unerbittliche Schmitter hat wieder einen unserer Besten niedergemäht.

Mit Joseph Wünnenlein ist ein entbehrungsvolles und doch segensreiches Proletarierdasein zu Grabe getragen worden. Schon in der frühesten Jugend hat er die Not und Bedrängnis der Armut in ausreichendem Maße kennen gelernt. Seine Mutter, die für zwei Söhne zu sorgen hatte, war gezwungen außerhalb des Hauses zu arbeiten. Unser Joseph mußte daher bis zur Schulentlassung als Pflegekind sein Leben fristen. Er durfte das Glück eines trauten Elternheims nicht genießen. In der Lehre, wo er beim Lehrherrn in Kost und Wohnung trat, gab es gleichfalls ziemlich magere Häppchen und viel Arbeit. Man konnte sich verwundern, daß das kleine dürftige Körperchen die Last ertrug.

Trotz dieser unfreundlichen und herben Jugend, oder gerade wohl deshalb, lebte in ihm eine große Begeisterung für das Wohl und die Hebung der Arbeiterklasse. So war er auch überall an der Spitze zu finden, wenn es galt für seine Kollegen etwas herauszuholen.

Besonders die Berliner Kollegen konnten sein Wirken aus nächster Nähe. Bei Gründung der ersten Kupferdrucker-Berufsorganisation in Berlin 1895 übertrug man ihm den Posten des Schriftführers. Er wirkte nun abwechselnd bis zum Jahre 1907 als Schriftführer, Kassierer und Verwaltungsmittglied. In den Jahren 1907 und 1908 war ihm die Leitung der Kupferdruckerfiliale anvertraut. Er hatte in dieser Zeit einen besonders schweren Stand, da die Konjunktur sehr flau und die Arbeitslosigkeit der Kupferdrucker groß war. Er gab während dieser Zeit sein Bestes und war unermüdet für das Wohl seiner Kollegen tätig. Auch sein Wirken im Fachauschuß und sonstigen Tarifinstanzen verdient volle Würdigung und Anerkennung. Ferner vertrat er die Berliner Kollegen auf verschiedenen Generalversammlungen und Chemigraphen- und Kupferdrucker-Konferenzen. Besonders der Ausbau der Berliner Filial-Kasse ist sein Werk. Bei Ausbruch dieses unseligen Krieges, dessen Opfer er auch geworden ist, hat so mancher Kollege die segensreiche Wirkung derselben verspürt.

In seinen persönlichen Verhältnissen blieb unser Joseph bis zu seinem allzufrühen Hinscheiden, das Stiefkind des Schicksals. Durch Krankheit in der Familie, durch einen persönlichen Unfall, der ihm zwei Finger der linken Hand kostete und das durch seine Tätigkeit bedingte öftere Wechsel seiner Stellung, welches ihn sogar auf ein paar Jahre nach Mülhausen im Elsaß verschlug, kam er nie aus den Sorgen heraus. Aber immer überwand er die schwierigsten Situationen mit goldenem Humor. Alles in Allem war unser Freund Wünnenlein eine gerade, offene Natur, er hat sich im Herzen der Kollegen ein Denkmal gesetzt, das nicht von der Zeit verwittert werden wird.

Kilian Wolf.

## Feuilleton.

### Aus meiner Lehrlingszeit.

III.

Ich erinnere mich nur eines Falles vom Gegenteil, wo unser Lehrmeister anstatt zu loben, zornig ward. Und das trug sich folgendermaßen zu. Wilhelm Schulz, von jener ein fleißiger Lehrling, versuchte sich schon frühzeitig im Entwurf, indem er seine eigenen kleinen naiven Verse mit Zeichnungen nach Ludwig Richter'scher Art schmückte, um dann diese Arbeiten unserem Lehrherrn vorzulegen und das übliche Lob dafür einzuheimsen. Natürlich suchte Herr Mühlmeister unsern Fleiß ebenfalls anzuspornen, indem er uns Schulz als Vorbild hinstellte. Ebenso natürlich mußte uns dieses nun ärgern, sodaß wir beschlossen, Schulzens Beispiel zu folgen, wobei ich selbst mit meinem geringen Können nur eine wohlwollende Anerkennung meines Fleißes erntete. Mein mitstrebender Lehrkollege Müller dachte es dagegen recht geschickt anzufangen und wollte sich einmal von seiner besten Seite zeigen. Er machte vielerlei Entwürfe; keiner jedoch schien ihm der Ablieferung würdig zu sein. Endlich glaubte er das Richtige gefunden zu haben. Ihm war bekannt, daß Herr Mühlmeister einmal in der Woche einen Kegelabend hatte. Und damit war der geeignete Vorwurf gegeben. Er entwarf also flugs eine Zeichnung, auf der ganz deutlich Herr Mühlmeister — natürlich karikiert — zu erkennen war, dem von einem eiligt herbeistürzenden Kellnerjungen, der Müller selbst ähnlich sah, auf einem Teller ein gewaltiger saurer Hering dargeboten

wurde. Denn nach einem Kegelabend lechzt das Menschenherz nach etwas Saurem. — Jetzt noch flink ein paar erklärende Verse dazu gedichtet, und nun, Schicksal, nimm deinen Lauf. Jeder fand die Federzeichnung äußerst sinnreich und schön. »Wat Mühlmeister woll dorlo seggen ward; ick glauw, hei ward sick bannig doröber högen«. »Ih, wat wull hei nich, 't is doch würlklich 'ne scheune Teilknung«, meinten die Gehilfen mit ermunterndem Zuspruch. — Müller war immer flink auf seinen kurzen Beinen, aber so schnell wie diesmal war er noch nie aus dem Kontor zurückgekommen; leichenblaß, ohne ein Wort zu sagen, setzte er sich wieder auf seinen Platz. — »Hei schint mit sinen suren Hering rutsmeten to sin«, flüsterte ein grienender Gehilfe. Und so war's auch. Und erst später gestand Müller uns, das Mühlmeister, anstatt eines Lobes, nur ein einziges Wort im vollsten Zorne gerufen habe, und das war unzweideutig stark zoologisch gewürzt. »Je, wo kann hei em öber ok an den Morgen noch den ollen dämlichen Kegelabend mit sine ogenbore Spitzfinnigkeiten unner de Oogen gohn«, hieß es nun.

Sollte durch einen unglücklichen Zufall diese Plauderei meinem früheren Lehrkollegen vor Augen kommen, so bitte ich, darüber nicht böse zu werden. Ich habe mit ihr die Absicht, das Augenmerk auf die Ausbildung unserer Lehrlinge im Allgemeinen zu lenken, die wirklich oft zum Nachdenken nötig. Und meine Kollegen, die Herren Oberlithographen,

möchte ich besonders bitten, zu versuchen soweit es an ihnen liegt, den Lithographenberuf bei den Druckereibesitzern vor deren Geringschätzung zu schützen. Denn in der Tat wird er von diesen, zumal wenn sie Nichtfachmänner sind, leider vielfach nur als notwendiges Übel betrachtet. Die Maschine gilt ihnen als die Quelle ihres Verdienstes und sieht deshalb bei ihnen in höherem Ansehen. Die Oberlithographen könnten wesentlich zu einer gerechten Wertschätzung unseres schönen und schweren Berufes beitragen, indem sie unablässig bemüht bleiben, schon den Lehrlingen ein höheres Maß von beruflichem und persönlichem Selbstbewußtsein anzuerziehen — wenn nötig, auch gegen den Willen der Prinzipale. Die Gehilfen sind hier meines Erachtens mit ihren Bestrebungen auf dem richtigen Wege.

Besonders charakteristisch für den Geist in den die heutigen Lehrlinge vielfach ausgebildet werden, ist die unterschiedliche Haltung vieler Gehilfen während der Anwesenheit und der Abwesenheit des Vorgesetzten. Während seiner Anwesenheit glauben sie stumm und ängstlich wie Sträflinge über ihrer Arbeit verharren zu sollen, und während seiner Abwesenheit fühlen sie sich wie von einem Zwang befreit und wagen von ihrer Arbeit aufzublicken, um ein paar außergeschäftliche Worte miteinander zu wechseln. Ist das nun ein würdiges Verhältnis zwischen Vorgesetztem und Untergebenen? Ich glaube, hier haben die Gehilfen sich arg

versündigt, indem sie sich früher nicht rechtzeitig ihres Wertes bewußt wurden und sich nicht auflehnten gegen die Versuche, sie zu Heloten herabzudrücken. Warum in aller Welt geben sie durch ihre ungleiche Haltung dem Vorgesetzten Veranlassung zu glauben, sie könnten nicht ohne Beaufsichtigung bleiben? Durch ihre Zaghaftigkeit werden lediglich Dünkel und autokratische Neigungen bei einsichtslosen Vorgesetzten gezüchtet. Auch hier ist eine demokratische Neuorientierung dringend vonnöten.

G. D.

## Vom Büchertisch.

**Arbeiter oder Soldaten?** In einer Rede, welche der Reichstagsabgeordnete Seitz im November im Abgeordnetenhaus gehalten hat und die nun in Broschürenform mit dem Titel: »Arbeiter oder Soldaten?« vorliegt, wird in packender Weise vor Augen geführt, was die Arbeiter zu leiden haben und was die Militarisation, deren Aufhebung die Regierung nunmehr zusagen mußte, bedeutet hat. Die Rede ist ein geschichtliches Dokument und verdient genau gelesen zu werden. Die Broschüre wird von der Wiener Volksbuchhandlung Wien VI. Gumpendorferstraße 18 gegen Voreinsendung des Betrages von 15 Heller versendet.

## Opfer des Krieges.

### Tote:

1914.

Kollege **Karl Vogt**, Lithograph aus Breslau, geb. am 2. Oktober 1887, Mitglied seit Oktober 1910, seit 10. September 1914 vermißt, wurde jetzt gerichtlich für tot erklärt.

1915.

Kollege **Artur Eitner**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 25. Januar 1893, Mitglied seit April 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit April 1908), ist bereits 1915 gefallen.

1916.

Kollege **Artur Arland**, Lithograph aus Leipzig, geb. am 23. Dezember 1890, Mitglied seit August 1911, fand seinen Tod im September 1916.

Kollege **Rudolf Briest**, Chemigraph, zuletzt in Breslau, geb. am 2. März 1884 in Quedlinburg a. H., Mitglied seit Dezember 1903, ist seit 1916 vermißt und jetzt vom Gericht für tot erklärt worden.

Kollege **Arthur Schwedler**, Steindrucker aus Dresden, geb. am 18. Mai 1894 in Kötzschenbroda, Mitglied seit April 1912 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Oktober 1910), fiel am 6. Oktober.

Kollege **Fritz Neubert**, Steindrucker, zuletzt in Aschersleben, geb. am 30. November 1891 in Reichenberg, Mitglied seit Juni 1909, (vorher in der Lehrlingsabteilung seit März 1908), fand seinen Tod im November.

Kollege **Fritz Kielhorn**, Zeichner aus Dresden, geb. am 9. Mai 1896, Mitglied seit April 1914 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1910), ist am 14. November 1916 gefallen.

1917.

Kollege **Walter Käbel**, Lithograph aus Magdeburg, geb. am 23. September 1885, Mitglied seit April 1904, fiel am 8. Mai 1917.

Kollege **Alfred Heisch**, Notendrucker aus Leipzig, geb. am 1. November 1891, Mitglied seit November 1910 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Februar 1908), ist im Juli gefallen.

### Tote:

Kollege **Johann Jansen**, Steindrucker, zuletzt in Rheydt, geb. am 25. April 1882 in Wegberg, Mitglied seit Juli 1903, starb am 14. September in einem Lazarett an der Ruhr.

Kollege **Otto Rahlf**, Steindrucker aus Hamburg, geb. am 10. Juli 1894, Mitglied seit April 1913 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Mai 1909), fand seinen Tod am 20. September.

Kollege **Karl Reissenweber**, Steindrucker, zuletzt in Selb i. B., geb. am 21. Februar 1890 in Großheirath, Mitglied seit März 1908, ist am 10. Oktober gefallen.

Kollege **Hans Brand**, Lithograph aus Nürnberg, geb. am 8. Juli 1889, Mitglied seit September 1907, wurde durch Granatschuß im Rücken und am linken Arm schwer verwundet und starb am 28. Oktober in einem Feldlazarett.

Kollege **Leonhard Mantel**, Steindrucker aus Nürnberg, geb. am 1. Januar 1887, Mitglied seit September 1907, fiel am 30. Oktober.

Kollege **Willy Stöcker**, Steindrucker aus Halberstadt, geb. am 2. Juni 1898, Mitglied seit Juni 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1912), ist am 1. November in französischer Gefangenschaft gestorben.

Kollege **Ernst Armbricht**, Formstecher aus Einbeck, geb. am 2. August 1885, Mitglied seit Januar 1909 (vorher im Formstecherverband seit April 1903), fiel am 4. November.

Kollege **Wilhelm Bauer**, Lithograph aus Eßlingen, geb. am 28. Dezember 1891, Mitglied seit Januar 1910 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juni 1908), starb am 7. November an seiner im Felde erlittenen Verwundung im Lazarett in Cöthen i. Anh.

### Tote:

Kollege **Robert Schubert**, Chemigraph, zuletzt in Dresden, geb. am 9. März 1877 in Friedersdorf a. d. Landeskrona, Mitglied seit April 1900, fand seinen Tod am 28. November infolge Kopfschuß.

Kollege **Hans Meilick**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 13. August 1894, Mitglied seit April 1913 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Mai 1909), ist am 5. Dezember in einem Feldlazarett gestorben.

Kollege **Heinrich Neumann**, Photograph, zuletzt in Berlin, geb. am 11. Juli 1873 in Leipzig, Mitglied seit September 1908, wurde am 27. November durch Unfall verletzt und starb am 9. Dezember im Feldlazarett.

Kollege **Gustav Fritzsche**, Steindrucker aus Chemnitz, geb. am 18. Juli 1879, Mitglied seit November 1900, ist am 11. Dezember durch Voltreffer gefallen.

Kollege **Willy Anger**, Steindrucker, zuletzt in Niedersiedlitz, geb. am 12. Januar 1891 in Leitelsheim-Crimmitschau, Mitglied seit April 1910, (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Mai 1909), fiel am 30. Dezember.

Kollege **Eduard Helper**, Steindrucker, zuletzt in Bielefeld, geb. am 1. September 1883 in Detmold, Mitglied seit November 1902, ist im Kriege gefallen.

1918.

Kollege **Emil Parassini**, Kopierer, zuletzt in Berlin, geb. am 9. Mai 1878 in Memel, Mitglied seit April 1911, starb am 6. Januar 1918 im Reserve-Lazarett Neuwied an Darmtuberkulose.

Kollege **Joseph Pfeiffer**, Lithograph, zuletzt in Leipzig, geb. am 15. März 1874 in Neurode i. Schl., Mitglied seit 5. Januar 1901, ist am 12. Januar am Fieber gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

## Stellenangebote

### Lehrling

für  
**Kunstkupperdruck**  
verlangt. W. Lindner,  
Berlin, Hollmannstraße 22.

Wir suchen einen tüchtigen  
**Farbätzer,**

der seine Arbeiten selbst fertigmachen kann und einen tüchtigen

### Kopierer.

Kirstein & Co.,  
Graphische Kunstanstalt,  
Leipzig, Hospitalstraße 11 a.

Zur Bedienung von

## Notendruck-Pressen

suchen wir zum baldigen Antritt mehrere

## Noten- oder Steindruck-Maschinenmeister.

C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig, Gerichtsweg 5-7.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Auskünfte durch die  
Kunstgewerbeschule **Barmen**

Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders.

Inkl. Porto 85 Pfg.

**Conrad Müller, Schkeuditz.**

Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078.

## Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.

Festschrift von Fritz Hansen.

Verlag: **Conr. Müller, Schkeuditz.**

Preis 55 Pfg. (portofrei).

Bei 10 Stück ein Frelexemplar.

## Roulett, Fadenstichel

**Fräser u. s. w.** in bester Ausführung fert. ab

Carl Neumann, vormalig G. König.

Berlin SO, Naunynstraße 69.